

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
J. Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 10.)
bei C. H. Meitz & Co.
Breitengasse 14.
in Gießen bei Th. Spindler,
in Gießen bei L. Strickland,
in Breslau bei Emil Kubaly.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei C. H. Meitz & Co.,
Hanselstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Stettin
beim „Juwelendank.“

Nr. 911.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Mittwoch, 29. Dezember
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
nachmittags angenommen.

1875.

Das auswärtige Publikum erlauben wir uns darauf aufmerksam zu machen, daß nach einer Bestimmung des General-Post-Amtes die Erneuerung des Abonnements von 2 Tage vor dem Beginn des neuen Quartals geschehen muß, um eine vollständige Lieferung aller Nummern sicher zu stellen. Bei verspäteter Bestellung werden die bereits erschienenen Nummern von der Post nur bei ausdrücklichen Verlangen und gegen besondere Portovergütung nachgeliefert.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 28. Dezember. Zur Abwechslung wird einmal wieder das Gerücht verbreitet, daß der Finanz-Minister Camphausen aus seiner Stellung scheiden werde und zwar wird hinzugefügt, daß bereits ein dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck genehmer Nachfolger gefunden worden sei. Das Gerücht stammt aus denjenigen Kreisen, welche gern ihre Wünsche zu Thatsachen werden sehen möchten, und hat heute ebenso wenig einen positiven Anhalt wie in früheren Perioden, wo es bereits in Umlauf gesetzt war.

DRC. Berlin, 28. Dez. Betreffs der Synodalordnung, mit deren Fertigstellung der Ministerialdirektor Dr. Förster beschäftigt ist, kursiren mannigfache Gerüchte. Es heißt, daß der Kaiser wenig Sympathien für dies Gesetz hege, namentlich für diejenigen Formen, welche es in der Verathung der Generalsynode erhalten. Namentlich sollen die Schlussbestimmungen nicht den Beifall des Kaisers haben und die Erklärung, welche die Herren Dr. Kögel und Genossen vor der Abstimmung über dieselben abgaben, dürfte im kaiserlichen Palais wohl Widerhall finden. Thatsache ist wenigstens, daß der Kaiser bis jetzt zu dem Entwurf sich ablehnend verhält und ihn noch nicht unterzeichnet hat. Wenn Dr. Falk wirklich den Entschluß gefaßt hat, von dem Zustandekommen dieser Vorlage sein weiteres Verbleiben im Amte abhängig zu machen, so würde das momentane Verhältniß bemerkenswerth sein.

In militärischen Kreisen herrscht, wie der „Nat. Btg.“ geschrieben wird, vielfach Niedergeschlagenheit darüber, daß die Aussichten auf die Fortdauer der in den letzten Jahren stattgehabten schnellen Avancements durch die Streichung der 50 Bezirks-Kommandos stellen für aktive Stabsoffiziere vereitelt sind. Man hätte nun in Erwägung gezogen, in welcher Weise den Wünschen des Militärs entsprochen werden könne, und soll an maßgebender Stelle sich die Meinung erhalten, daß die nunmehr vom Etat abgesetzten Bezirks-Kommandosstellen auf die Dauer doch nicht entbehrlich seien und daher im nächstjährigen Etat wieder zum Aufsat gebracht werden müßten. Es ist wenig wahrscheinlich, daß der Reichstag ohne genügende Gründe seinen bisherigen Standpunkt der fraglichen Position gegenüber aufzugeben geneigt sein sollte, man wird sich also einwirken müssen, so gut es geht. Freilich begegnet man bei Militärs der Behauptung, daß seit Reorganisation der Armee, seit 16 Jahren ein so mißliches Avancement wie jetzt noch nicht vorgekommen sei.

Die vom deutschen Konsul Beg in Philadelphia ver-
richtete Unterschlagung eines für die Erben des Buchhändlers
Seeger in Leipzig in Empfang genommenen Legats von 4000 Dollars
hatte bekanntlich Anlaß zu einer Petition an den Reichstag gegeben,
in welcher die genannten Erben eine Entschädigung aus Reichsfonds
beanpruchten. Diese Petition war auf Antrag der Petitions-Kommission
dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen, ob nicht den Wahl-
konsuln die Annahme von Geldern außer den gesetzlich vorgesehenen
Fällen zu verbieten sei. Nunmehr bringt das „Centralbl. f. d. D. R.“
eine hierauf bezügliche Birkularverfügung des Reichskanzlers vom 6. I.
M., durch welche jenem Antrage entsprochen ist; dieselbe lautet:

Berlin, den 6. Dezember 1875.

Nach § 18 des Konsulatsgesetzes vom 8. November 1867 sind die
kaiserl. Konsuln unter gewissen Voraussetzungen berechtigt, über Gelder,
die im Nachlaß eines in ihrem Amtsbezirk verstorbenen Reichsange-
hörigen vorgefunden sind, zu verfügen. Aus dieser Bestimmung ist
mehrfach eine Berechtigung der Konsuln hergeleitet worden, überhaupt
für Rechnung und auf Antrag von Privatpersonen Gelder einzunehmen
und anzunehmen. Eine solche Erweiterung der konsularischen Befug-
nisse entspricht aber weder der Absicht des Gesetzes, noch kann sie we-
gen der damit verknüpften Folgen als zulässig erachtet werden. Es
wirdgeboten werden sollen, daher stets gegenwärtig halten, daß die
kaiserl. Konsuln in dieser ihrer amtlichen Eigenschaft nicht berechtigt
sind, in anderen als den im Gesetz, insbesondere in den oben in Be-
zug genommenen § 18 vorgesehenen Fällen, Gelder für Privatpersonen
zu erheben oder in Verwahrung zu nehmen, es sei denn, daß sie vom
auswärtigen Amt oder von der ihnen unmittelbar vorgelegten Dienst-
behörde ausdrücklich Auftrag dazu erhalten. Ist ein solcher Auftrag
nicht vor, und wird ein Wohlgeborener Vermittelung von anderer
Seite in der gedachten Weise in Anspruch genommen, so wollen Sie
die Antragsteller gefälligst darauf aufmerksam machen, daß Sie Ihre
Mitwirkung nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern nur privatim ein-
treten lassen können.

Vom 1. Januar 1876 ab tritt Frankreich mit Algerien dem
Allgemeinen Postverein bei. Es kosten alsdann nach Frankreich
und Algerien: gewöhnliche frankirte Briefe 20 Pf. für je 15 Gramm,
Postkarten 10 Pf. das Stück und Drucksachen, Waarenproben und
Geschäftspapiere 5 Pf. für je 50 Gramm.

Das königliche Obertribunal hat die Presse mit
einem neuen bemerkenswerthen Präjudiz bedacht. Es handelt sich
dem betheiligten Erkenntnis um die Veröffentlichung der berücksichtig-
ten päpstlichen Bulle Quod nunquam. Der dieserhalb angeklagte
Redakteur des „Niederrheinischen Couriers“ war vom Appellations-
gericht in Hamm freigesprochen worden, weil es sich bei der Ver-
öffentlichung um die Reproduktion eines „historischen Dokuments“
handelte, welche, zumal sie ohne jede eigene Bemerkung erfolgt sei, „nur
als ein objektiver Beitrag zur Tagesgeschichte“ angesehen werden könne,
und weil eine Zeitung, die ihre Verpflichtungen gegen die Leser er-
füllen wolle, sich kaum einer solchen Reproduktion enthalten dürfe.

Das Obertribunal erklärte jedoch in der Sitzung vom 9. Dezember
d. J. diese Ausführung für unlegitim. „Die Auffassung“,
behauptet das Erkenntnis unter Anderm, nach welcher die Veröffent-
lichung der Enzyklika, deren Inhalt nach der Feststellung des Appel-
lationsrichters gegen das Strafgesetzbuch verstößt, um deswillen straflos
sein soll, weil dieselbe als historisches Dokument angesehen werden
müßte, entbehrt jeder gesetzlichen Grundlage.“ Die Erkenntnisgründe
liegen in authentischer Form noch nicht vor.

Breslau, 27. Dezember. Die ultramontane Presse
Schlesiens erhält wieder Zuwachs. Die „Dr. Morawitz“ meldet
nämlich: „Mit dem 1. Januar geht der in Hirschberg erscheinende
„Gebirgs-Kourier“ in die Hände einer Gesellschaft über, an deren
Spitze der Erzpriester Thiemel in Warmbrunn steht, derselbe,
der auf dem Kongress zu Reife die bekannte Rede hielt. Er
wird auch die Redaktion leiten. Der Kern und der wegen
seiner ultramontanen Richtung bekannte Kameral-Direktor des
Grafschafts, Krüger, werden dem Blatte Eingang und Fester
zu verschaffen suchen. Man will ihm auch in Oberschlesien Terrain
verschaffen, so namentlich in Reife, Grottau, Neustadt.“ Die Ak-
tionäre der „Sächsischen Anzeiger“-Aktien-Gesellschaft werden
in einer in Nr. 300 des „Staatsanzeigers“ vom Dienstag enthaltenen
Bekanntmachung zu einer außerordentlichen Generalversammlung auf
Freitag, den 31. Dezember cr., eingeladen. Einiger Gegenstand der
Tagesordnung ist die Beschlussfassung über Liquidation der Gesell-
schaft. Ob eine Unterbilanz den Anlaß zu dem Antrage auf Li-
quidation gegeben hat, läßt sich nicht beurtheilen, da die Bilanz noch ge-
heim gehalten wird.

Stolzen, 26. Dezember. Von mehreren landwirtschaftlichen Ver-
einen Schlesiens und Posen sind unserm Landtagsabgeordneten Herrn
Henze-Welchitz Zustimmungsbereitschaft für die Petition, betreffend die
amtliche Festsetzung nach Lebendgewicht für Schlacht-
vieh auf allen Schlachtviehmärkten der Monarchie, zuge-
kommen. Der Herr Abgeordnete wird die Zustimmungsbereitschaft mit
der Petition dem Abgeordnetenhaus überreichen. Sollen noch mehrere
landwirtschaftliche Vereine sich dieser Petition anschließen wollen, so
machen wir darauf aufmerksam, daß es der nochmaligen Abschrift der
Petition, wie dies mehrere Mal geschehen, nicht bedarf. Man nehme
einen Bogen Papier und mache darauf folgenden Vermerk: „Der Peti-
tion des Abgeordneten Henze um Festsetzung der amtlichen Markt-
preise nach Lebendgewicht für Schlachtvieh auf allen Schlachtviehmärkten
der Monarchie schreibe ich an: (Name des landwirtschaftlichen Vereins).“
(Folgen die Unterschriften sämtlicher anwesenden Herren.)
Herr Henze hat an sämtliche 432 Mitglieder des Abgeordnetenhauses
die gedruckte Petition per Post geschickt, um zu beweisen, daß die Her-
ren Abgeordneten, da sie in ihrer Heimath jetzt noch Waise haben, die
Petition wenigstens lesen sollen. Er ging hierbei von dem Grunde aus,
daß, wie erst einmal etwas gelesen und darüber nachgedacht hat,
auch Interesse für die Sache gewinnt. — Außerdem hat er an die ihm
bekannten und befreundeten Herren des Abgeordnetenhauses sich brief-
lich bei Ueberreichung der Petition gewandt und um ihre Unterstützung
gebeten. Da Herr Henze an Mitglieder aller Fraktionen geschrieben,
so hofft er, daß diese in ihren Fraktionsversammlungen für diese Peti-
tion eintreten werden. Herr Henze hat sich gewandt an die Herren:
Staatsminister Dr. Friedenthal und Dr. Falk, Polizeipräsident von
Mabadi und die Abgeordneten Präsident v. Bennigsen, Dr. Lasker,
Miquel, Richter, Dr. Braun, v. Sauten-Tarpschen, Parisius,
Staatsminister a. D. von Windthorst-Meynen, Frhr. v. Schorlemer-
Aß, Graf Bethusy duc, Hundt v. Hoffen. Von vielen Abgeordneten
ist ihm bereits brieflich die Zusage erteilt worden, daß sie die Petition
unterstützen werden. Da er, sobald der Landtag zusammengetreten ist,
bei allen Fraktionen des Hauses sich persönlich für die Petition be-
mühen wird, so ist ein gutes Resultat wohl zu erhoffen. (N. A.)

Münster, 27. Dezember. Am Dienstag den 21. d. t. tagte Nach-
mittags hier im Weppelmann'schen Saale die Generalversammlung
des Westfälischen Bauernvereins unter dem Vorsitze des
Reichs- und Landtagsabgeordneten Freiherrn v. Schorlemer-
Aß. Die „Germ.“ schreibt: „Eine nicht geringe, freundliche Ueber-
raschung wurde dem hochverehrten Vorsitzenden von den Mitgliedern
des Vereins bereitet. Selbstverständlich hatte derselbe vor einiger Zeit Frei-
herrn v. Schorlemer-Aß aus der Vereinsklasse 1000 Thaler zur Ver-
gütung für dessen viele im Interesse des Vereins gemachten Ausgaben
übermacht, welche dieser aber dankend ablehnte und, auf seine Bitte
hin, der Verein den armen Abgeordneten in Paderborn zuwendete.
Allein der westfälische Bauernverein wollte es sich nicht nehmen
lassen, dem um ihren Stand hochverdienten Edelmann weitere Zeichen
der Dankbarkeit vorzulegen, und so hatte man beschlossen, durch Bei-
träge der einzelnen Mitglieder ihm ein Ehrengeld zu übermachen,
das er nicht ablehnen konnte. Zunächst wird ihm ein prächtiger
Wagen (aus der Fabrik des Herrn Rodt hier selbst) übergeben und
dann eine große silberne Suppenterrine nebst fünf silbernen Tafel-
schüsseln im Rococo-Stil. Diese Silberfachen von Herrn Hof. Dühnes
gearbeitet, tragen eine sinnige Dedikation.“

Aus Thüringen, 26. Dezember. Je näher der Jahreswechsel
herantritt, um so mehr kommt auch die Besorgnis zur Geltung, welche
man von kirchlicher Seite dem B i b i l s t a n d s g e s e t z entgegenbringt.
Die thüringischen Staaten haben es zwar in ihren Ausführungsver-
ordnungen und Instruktionen nicht an Aufklärung und Hinweisung
zur Wahrung der kirchlichen Rechte fehlen lassen; aber man scheint
damit noch nicht beruhigt. So ist z. B. gestern der amtlichen
Zeitung in Rudolstadt eine „Ansprache an die evangelisch lutherischen
Gemeinden des Fürstenthums“ beigelegt worden welche zur „Verständ-
igung über das B i b i l s t a n d s g e s e t z“ dienen soll und welche folgende be-
merkenswerthe Stellen enthält:

„Denn das Segentheil von dem Allen thun, d. h. also: seine
durch den Standesbeamten vollzogene Ehe nicht kirchlich weihen und
segnen, die ihm geborenen Kinder weder taufen noch konfirmiren lassen,
das hieße doch offenbar: die Segnungen der heiligen Kirche verach-
ten, sich um Gott und sein heiliges Wort nicht kümmern und gegen
die, mit jenen kirchlichen Handlungen untrennlich verknüpften, unen-
dlich werthvollen und frohreichen göttlichen Gnadenver-
heißungen eine Geringschätzung an den Tag legen, durch
die er sicherlich das Mißfallen des zwar unendlich barmherzigen

und liebevollen, aber heiligen und gerechten Gottes sich zuziehen, der
Gnade Gottes und unseres Heilandes, davon wir ja Alle, Gode und
Niedere, Reiche und Arme, Gelehrte und Ungelehrte, in jeder Stunde
unseres Lebens und allermeist in unserer letzten Stunde auf gleiche
Weise und in gleichem Maße bedürfen, uns selber sich verlastig
machen.“

Leipzig, 25. Debr. Der frühere breslauer Domkapitular Frei-
herr v. Richtig ist, nach Mittheilung des „N. Evangel. Ge-
meindeboten“, da er im Ultrakatholizismus seine Hoffnungen nicht er-
füllt sah und sein religiöses Bedürfnis hier nicht rechte Befriedigung
fand, zur evangelischen Kirche übergetreten und hat am 12.
Dezember in der Nikolaikirche zu Leipzig das Abendmahl nach evan-
gelischem Ritus empfangen.

München, 26. Dezember. Das Projekt, die sämtlichen deut-
schen Eisenbahnen für das Reich zu erwerben, dient dem
ultramontanen Pressen zu einem neuen Agitationsmittel gegen das
Reich, doch wird es eines solchen kaum bedürfen, denn es findet das
Projekt hier überhaupt keinen Anklang. Man schreibt darüber der
„Nat.-Btg.“:

Zunächst ist es die Staatsregierung selbst, welche sich, wie ver-
sichert wird, den Projekten entgegenstellt und zwar im Allgemeinen,
wie speziell bezüglich einer etwaigen Veräußerung der bairischen
Staatsbahnen, zu welchen bekanntlich auch die bairischen Odbahnen
gehören, seit dieselben im Laufe des Jahres in den Besitz des Staates
übergegangen sind. Vom finanziellen Standpunkt allein aus betrach-
tet, dürfte eine Abtretung unserer Bahnen an das Reich kein unvor-
theilhaftes für den bairischen Staat sein — allein in dieser hochwichti-
gen Frage können selbstverständlich nicht die finanziellen, sondern
nur die politischen Gründe entscheidend sein. Und in dieser Beziehung
dürfte das fragliche Projekt auch in gut reichsfreundlichen Kreisen
gar viele Gegner finden. Wurden doch auch die bairischen Odbahnen,
zum Theil wenigstens, aus dem, wenn auch nicht ausgesprochenen
Grunde, vom Staate erworben, damit nicht in Zukunft das Reich
als Käufer derselben auftreten könnte und hat man deshalb für die-
selben einen Preis gewährt, als es außerdem der Fall gewesen wäre.
Wie die Verhältnisse liegen, würden sich in Baiern nicht so bald Kam-
mern finden, die einen Antrag auf Verkauf der Bahnen an das Reich
zustimmen werden und schon deshalb wird sich nicht leicht ein Mi-
nisterium finden, das einen solchen Antrag an die Landesvertretung
bringen wird.

Wien, 26. Dezember. Der „Bester Lloyd“, das Dr-
gan der ministeriellen Kreise Ungarn's bespricht, den vielgenannten
Artikel der „Prov.-Korresp.“ über Ritter von Schmer-
ling wie folgt:

Der Anschein, als ob man in Berlin wirklich den Anspruch er-
hebe, alle Angelegenheiten des politischen Lebens in den Nachbarstaaten
nach den eigenen Bedürfnissen und Auffassungen geregelt zu sehen,
der Anschein, als verfolge man ein System moralischer Intervention,
daß zu den Begriffen der staatlichen Souveränität der übrigen wenig
passen will, wird dadurch allerdings nicht so gründlich beleuchtet, als es
im Interesse Deutschlands selbst zu wünschen wäre. Allein glauben
wir auch hierin mit unseren Einwendungen gegen die jüngste Rund-
gebung der „Provinzial-Korrespondenz“ nicht zurückhalten zu sollen, so
können wir um so rückhaltloser der sachlichen Auffassung und den
praktischen Tendenzen dieser Rundgebung zustimmen. Wir sind ganz
der Ansicht, daß gegenseitiges Vertrauen und wirkliches Wohlwollen
die Basis der Vereinigung der drei Kaiserreiche und der politischen
Verbindung ihrer Völker bildet. Wir stimmen rückhaltlos darin
überein, daß auch in ihrer inneren Politik Alles vermieden werden
muß, was schädigend oder hemmend in die Verhältnisse des Nachbar-
staates eingreifen vermöchte. Wir sind endlich fest davon überzeugt,
daß die dualistische Staatsform in Oesterreich-Ungarn die besten
Bürgschaften für eine derartige Richtung der Politik bietet.

Paris, 24. Dezember. Der vielgenannte Diplomat und Publizist
Bicomte von Lagueronniere ist gestern unerwartet an einem
Blutsturz verstorben. Er hatte noch den ganzen Vormittag an einer
Stube über Herrn Buffet, die demnächst erscheinen sollte, gearbeitet;
beim Mittagessen hatte er mit einem Male einen furchtbaren Blut-
andrang gegen das Gehirn, brach ohnmächtig zusammen und war
trotz schnelligst herbeigerufener ärztlicher Hilfe nach wenigen Stunden
eine Leiche.

Arthur von Lagueronniere war im Jahre 1816 in Limoges ge-
boren, jung nach Paris gekommen und unter der Regide Lamartines
und Emil Girardins, denen er in aller Folge ein treuer Freund blieb,
in die von dem Letzteren redigirte „Presse“ eingetreten, wo er sich bald
durch klare, geistvolle und sachkundige Behandlung der politischen
Tagesfragen hervorthat. Eine Sammlung von Abgeordnetenporträts,
die er herausgab, lenkte die Aufmerksamkeit des Prinz-Präsidenten auf
ihn, derselbe berief ihn als Sekretär in sein Kabinet, stellte ihn dann
an die Spitze des Pressbureaus und vertraute ihm die Abfassung der
berühmten Finghristen über die italienische und römische Frage an,
welche dem Kriege von 1859 vorausgingen und folgten. Ein Platz im
Staatsrath, dann ein solcher im Senat belohnten den „Archibrodurier“. Im
Jahre 1862 machte Lagueronniere, der bis hin dem „auf-
geklärten Despotismus“ des Kaiserreichs das Wort geredet hatte,
eine Schwenkung in liberaler Richtung: er gründete die „France“ als
Organ der verhältnismäßig freisinnigeren Senatoren und machte all-
mählich mit Emil Olivier und dem Tiers partie gemeinschaftliche Sache.
Als er mit seiner Witterung merkte, daß auch auf dieser Bahn für
das Empire wenig zu hoffen sei, bewarb er sich um eine Stelle in der
Diplomatie und die letzten Regierungsjahre Napoleon III. fanden ihn
als Gesandten in Brüssel und als Votschafter in Konstantinopel. Nach
dem 4. September gab er seine Entlassung, wurde auf der Rückkehr
in Marseille von den Radikalen verhaftet, aber bald wieder auf freien
Fuß gesetzt. In der letzten Zeit arbeitete er an einem vor wenigen
Wochen erschienenen staatsrechtlichen Werke und widmete seine übrige
Mühe einigen volkswirtschaftlichen Unternehmungen, so namentlich
auch der österreichischen Staatsbahn, zu deren Verwaltungsräthen er
gehörte. Doch gab er die streitende Politik noch nicht ganz auf, ver-
kehrte viel in den Salons und war eben im Begriff, in seiner Sei-

math Limoges als bonapartistischer Kandidat für den Senat aufzutreten. Die Partei verliert in ihm jedenfalls ihre gewandteste Feder. Als Mensch mußte sich Lagueronniere, über dessen öffentliche Thätigkeit wir uns hier jedes Urtheils begeben wollen, durch ein gewinnendes Wesen und namentlich durch ausgeübte Höflichkeit, die sich nie und gegen Niemand verleugnete, allgemein beliebt zu machen.

London, 23. Dezember. Gestern ist ein beklagenswerthes Unglück auf der niederen Themse, Grabsend gegenüber, vorgefallen. Dort liegen an verschiedenen Punkten die drei Lehrschniffe „Goliath“, „Eichseer“ und „Arctusa“ vor Anker, in welchen arme Knaben aus London zum Seemannsfache herangebildet werden. Es sind dies gewissermaßen schwimmende Armenasyle, sämtlich ausgediente hölzerne Kriegsschiffe. Der „Goliath“, ein Schiff von 3000 Tonnen Gehalt, mit 400 Lehrknaben an Bord, ist gestern früh gänzlich abgebrannt. Das Feuer scheint in den Lampenräumen ausgebrochen zu sein, woselbst die gesammten mit Petroleum gespeisten Schiffs Lampen jeden Morgen gepußt und gereinigt werden. Ein Knabe, sagt man, habe eine Lampe fallen lassen; das Petroleum sei ausgelaufen und habe sich entzündet, und beinahe im Nu sei der alte hölzerne Kasten in Flammen geschüllt gewesen. In der wilden Unordnung stürzten die Knaben auf das Deck, sprangen über das Bollwerk und hielten sich in den Ketten fest. Manche wurden hier müde, anderen mochte der Rauch der Flammen, welche der starke Südwestwind bestig anfauchte, zu arg werden, andere wieder trauten sich genügende Schwimmkraft zu, um an das Land zu kommen, und so fielen oder sprangen viele ins Wasser. Manche kamen glücklich an das Ufer; dasselbe thaten die beiden Töchter des Kommandeurs Marine-Kapitän Bourdier. Viele indeffen scheinen umgekommen zu sein, was nicht zu verwundern ist, wenn man bedenkt, daß die jüngsten Knaben nur 7, die ältesten 14 Jahre alt sind. Die Boote des „Goliath“ wurden flott gemacht, ließen sich indeffen nicht gebrauchen. Die Boote der „Arctusa“ u. des „Eichseer“ kamen in einer Flotille an und vorbeifahrende Schiffe nahmen einige der Knaben auf. Der letzte, der das Schiff verließ, war der Kommandeur, Kapitän Bourdier; er hat starke Brandwunden davon getragen. Die meisten Flüchtlinge suchten in dem nahen Uferort Grays eine Zuflucht, wo sie auch gafffreundliche aufgenommen wurden. Die Bewohner kamen ihnen entgegen und nahmen sie in ihre Häuser, in Schule, Kirche u. s. w. auf. Alle Kessel wurden gleich aufs Feuer gestellt, um den armen Kleinen Frühstück zu bereiten, auch wurden ihnen bereitwillig Kleider, wie sie gerade zu Händen waren, zur Verfügung gestellt. Zwei Leichen sind das Ufer geschwemmt worden, und auch der Schullehrer Webster soll ertrunken sein. Es steht ziemlich fest, daß 20 Knaben das Leben eingebüßt haben, einige unter besonders beklagenswerthen Umständen. An dem Unfälle, der einen neuen düsteren Schatten auf das Weihnachtsfest wirft, wird im großen Publikum der regste Antheil genommen. (Was die Entstehung des Brandes betrifft, so stimmen die Angaben allerdings darin überein, daß das Umwerfen einer Petroleumlampe ihn verursacht habe. Vielleicht aber hätte das weitere Umsichgreifen der Flammen verhindert werden können, wenn nicht, wie wenigstens „Daily News“ zu berichten weiß — buchstäblich Del ins Feuer gegossen worden wäre: ein Angestellter auf dem Schiffe soll nämlich einen Kübel voll Del ins Feuer gegossen haben, in dem Glauben, das Gefäß sei mit Wasser gefüllt. Wie dem auch sei, das Feuer verbreitete sich mit fürchterlicher Schnelligkeit und die Anstrengungen der kleinen Matrosen, die wacker an den Pumpen arbeiteten, erwiesen sich bald als nutzlos. Man mußte an ihre Rettung denken und das Schiff aufgeben. Als nun die Boote ins Wasser gelassen wurden, schlugen einige derselben um, und obwohl die Mehrzahl der Knaben vortreffliche Schwimmer sind, so gelang es doch nicht Allen, das Land zu erreichen. Sehr unwillig äußerten sich Leute vom „Goliath“ darüber, daß vorbeifahrende Schlepddampfer, deren Namen man nicht kennt, keine Hilfe brachten, obwohl sie darum angerufen wurden. Der „Goliath“ war ein altes Linienschiff und seit dem Krimkrieg außer Verwendung gestellt; er hatte 70 Tonnen Kohlen an Bord, die dem Feuer Nahrung boten, und im Delbehälter befanden sich 40 Gallonen. Es wurde jedoch kein Knall einer Explosion vernommen.

London, 23. Dezember. In der gestrigen Verhandlung der handelsamtlichen Untersuchung der Strandung des Dampfers „Deutschland“ veranlaßte ein Antrag des Lloydvertreter, Anwalt Cohen eine Debatte zwischen den Anwälten und dem Vorsitzenden.

Cohen erklärte, mehrere Schmäden hatten in der unmittelbaren Nähe des „Deutschland“ geankert, und er sei in den Stand gesetzt, die Namen von einigen der Eigenthümer anzugeben. Auch seien Gegenstände aus dem gesunkenen Schiffe abhanden gekommen, und es würde sich empfehlen, wenn das Handelsamt vermittelst öffentlicher Bekanntmachung Auskunft über etwa in anderen Händen, als denen des Receiver of wrecks, sich befindende Gegenstände erbitten und dafür Belohnungen aussetzen würde. Dieser Antrag wurde nach längerer Erörterung von dem Vertreter des Handelsamtes, Anwalt Bowen, mit ausdrücklicher Zustimmung des Vorsitzenden, zurückgewiesen. Bowen erklärte sich seitens des Handelsamtes gern zur Befolgung des von Cohen gegebenen Rathes bereit, sobald er durch prima facie-Beweis zu der Annahme berechtigt werde, daß überhaupt Sachen aus dem Schiff abhanden gekommen. Vermöge Anwalt Cohen die Wahrheitsliebe solchen Falles nachzuweisen, so werde er keinerlei Schwierigkeiten machen. Vor der Hand liege solche Wahrheitsliebe nicht vor. Er vermöge nicht ohne Weiteres voranzusetzen, daß Gegenstände entwendet worden sind. Die ausgegriffenen Sachen könnten bei verschiedenen Receivers of wrecks abgeliefert worden sein; es braucht dieses nicht notwendig nur bei dem Beamten zu Harwich geschehen zu sein. Von dem letzteren habe er erfahren, daß bei ihm viele Gegenstände abgeliefert worden seien. Es werde sich empfehlen, späterhin die Receivers of wrecks zu vernehmen. Den Receiver aus Harwich hatte Bowen bereits gestern zur Stelle gebracht. Die übrigen, äußerte der Vorsitzende, können nach Weihnachten verhört werden. Der Vertreter der deutschen Regierung erwähnte ferner die Bestimmungen des Handelsseeschiffahrtsgesetzes, so weit sie auf die Receivers of wrecks Bezug haben, und verlangte eine Untersuchung, ob dieselben befolgt worden seien. Ferner beantragte er Vernehmung des kommandirenden Beamten der Küstenwache. Eine weitere Anregung des Anwalts Cohen erhielt Seitens des Vorsitzenden eine zustimmende Antwort. Cohen wies auf die Gefahren der Küstenschiffahrt in der betreffenden Meeresgegend hin, welche deutschen Schiffen bereits häufig den Lauf erschwert hat. Er verlangte deshalb, daß die Kommission erörtere, auf welche Weise dieser Gefahr für die Zukunft vorzubeugen sei und demgemäß eine Empfehlung an das Handelsamt einreiche, etwa zur Aufstellung eines weiteren Leuchtschiffes. Der Vorsitzende verdrach, dem Gegenstande seiner Zeit seine Aufmerksamkeit zuwenden.

Es wurden nun mehrere Offiziere des „Deutschland“ vernommen, zunächst der erste Offizier, Lauenstein. Er konstatierte die Gefährlichkeit der Rüste und das äußerst stürmische Wesen des Widders. Er später vernommene erste Ingenieur Reinhold Schmid sagt aus, die See sei so rauh gewesen, wie er sie nur je gesehen. Unter diesen Umständen — so erklärten sämtliche Vernommene übereinstimmend, Lauenstein, Thalenhorst und Schmid — sei es ganz unumgänglich gewesen, ein Boot auszulassen, mit Ausnahme einer etwa zweistündigen stillen Periode am

Montag Abend gegen 9 oder 1 Uhr. Ebenso erklärten sie, daß sie unter den Umständen Mannschaften und Passagiere an Bord des Dampfers weit sicherer wänten, als in den Booten. Und überdies hätten sie ja keine Zufluchtsorte, wo sie hätten rudern können. Die Rüste war viel zu weit entfernt, um ein anderes Schiff nicht zur Hand. Es wäre schwer, vielleicht unumgänglich gewesen, das ausgelegte Boot außer Reich des Dampfes zu bringen; durch die Wellen hätte es an letzteren gescheitert und zerstückt werden können. Aus demselben Grunde hätte ein Boot von auswärts nicht an das Schiff heran kommen können. Während die See am Montag Abend etwas ruhiger war, mochten die Offiziere abichtlich kein Boot auslegen, weil zwei Leuchtschiffe, „Kentish Knot“ und „Sun“ ihre Nothsignale erwidert hätten und sie jeden Augenblick Hilfe erwarteten, die indeffen nicht kam. Nach etwa zwei Stunden wurde das Meer wieder so rauh, daß an ein Abtrüffen oder Herankommen eines Bootes nicht zu denken war. Die Mannschaft betrug sich unter den Umständen vorzüglich. Auch der Kapitän zeigte sich der Gelegenheit gewachsen. Er ertheilte seine Befehle mit großer Ruhe, Fassung und Festigkeit. Die beiden Schiffe, welche am Montag Morgen vorbeifuhren, nämlich der Dampfer und die Brig, welchen so viele Börmirale gemacht worden sind, sprach Lauenstein von der vermeintlichen Schuld frei. Als der Dampfer vorbeifuhr, war die See so ruhig, daß derselbe nicht hätte näher herankommen können. Auch wenn er Boote ausgelegt hätte, so hätten diese nicht nahe an den „Deutschland“ herankommen können. Es ist indeffen gar nicht ausgemacht, ob der Dampfer das Nothsignal des „Deutschland“ bemerkt habe. Die Brig hätte unter keinen Umständen, sagt Lauenstein, Hilfe leisten können. Weiter kam kein Schiff in Sicht. Am Dienstag, als der Schlepddampfer herankam, legte eine Schmach beim „Deutschland“ an und zwei Mann aus derselben kamen an Bord und entfernten Gegenstände aus dem Schiff. Auf Befragen erklärten sie, sie wollten dieselben zum Receiver of wrecks bringen. Als der Schlepper absegelte, waren noch zwei Schmäden in Sicht. Am Mittwoch begab sich Lauenstein wieder von Harwich aus auf sein Schiff. Er fand keine Receiver of wrecks an Bord, wohl aber Schmachleute, welche Sachen entnahmen, um sie (ihrer Angabe zufolge dem Receiver of wrecks zu überbringen. Lauenstein sagte ferner aus, daß den Mannschaften beim Einlaufen in Harwich von den Zollbeamten die mitgeführten Gegenstände weggenommen wurden, um durch englische Arbeiter unter Aufsichtigung der Zollbeamten in der Waarenniederlage des deutschen Konfils untergebracht zu werden. Dies war eine vollständige Maßregel. Thalenhorst, zweiter Offizier des „Deutschland“, konstatierte, daß sich unter diesen Gegenständen ein Bleifäß befunden habe, welcher Schiffsdokumente enthielt, indeffen nicht alle, auch nicht das Log. Er erklärte ferner, der Dampfer „Deutschland“ sei ein starkes, sehr gut gebautes Schiff und in vorzüglichem Zustande. Die Schraube hatte erst eine Reise mitgemacht und sich dabei ausgezeichnet bewährt. Der erste Ingenieur Reinhold Schmid bestätigte gleichfalls den trefflichen Zustand der Maschine und der Schraube. Von der Stange der Schraube habe er 80 Fuß gesehen, die vollkommen gesund waren. Die anderen 20 Fuß habe er nicht gesehen. Es sei möglich, aber doch höchst unwahrscheinlich, daß sich daselbst ein Fehler vorfinde. Seiner Vermuthung nach habe die Schraube beim Umdrehen zum Rückwärtsfahren an einen harten Gegenstand angestoßen und sei dabei gebrochen.

Von einiger Wichtigkeit ist das neue Verhör des Kapitän Brickenstein. Der Vorsitzende, Nothert, stellte an ihn mehrere Fragen. Von der Weser bis Vorkum, erklärte Brickenstein, sind 52 Meilen. Von da bis zu der Stelle im Kanal, wo er sich zu befinden glaubte, 57 Meilen. Derselbe Terzschelling ließ der Kapitän den Lauf des Schiffes ändern. Vorsitzender: Eine Abweichung um einen Punkt mußte Sie auf den Sand des Kentish Knot bringen? Brickenstein: Ja. — Auch eine Abweichung um einen halben Punkt konnte Sie auf diesen Sand bringen? — Ja. — Sie kennen die Entfernung zwischen dem North-Sinder-Leuchtschiff und dem gallup Leuchtschiff? — Ja, gegen 30 Meilen. — Und Sie beobachteten, mitten durch die beiden hindurchzufließen? — Ja. — Nehmen Sie die Karte und sehen Sie nach, ob Sie mitten zwischen den beiden in tiefem Wasser gewesen wären? — Ja, ich würde das gewesen sein. — Und als Sie um 1 Uhr isoheten und nur 17½ Faden Tiefe voranden, ließ das Sie nicht die Nothwendigkeit großer Vorsicht ersehen? — Ja, ließ die Maschine auf halbe Kraft stellen. — Halbe Kraft betrug etwa 3/4 Knoten die Stunde? — Ja. — Sie wußten, daß Sie sich außerhalb Ihrer eigentlichen Bahn befanden? — Ja; allein ich sah die Karte nach und fand, daß die Abweichung nur zwei Meilen betrug, so daß ich keine Gefahr befürchtete. — Aber Sie wußten ja doch, daß ein Irrthum um weniger als einen halben Punkt Sie auf den Kentish Knot bringen konnte? — Ja. — Und Sie wußten um 4 Uhr, als Sie nur 17½ Faden fanden, daß ein Irrthum vorgefallen sein mußte — veranlaßte Sie dies nicht zu besonderer Vorsicht? — Ja, fuhr mit halber Kraft und lobete öfter. (Nach einigen anderen Fragen von Seiten der Anwälte Cohen und Bowen, betreffend die Möglichkeit langameren Ganges) Vorsitzender: Wenn Sie seahnt hätten, daß Sie sich in gefährlichem Wasser befanden, würden Sie ohne Zweifel nicht weiter gefahren sein, sondern beizugewenden haben? Brickenstein: Gewiß. — Jedenfalls würden Sie nicht in dem Tempo von 9½ Knoten weiter gefahren sein? — Versteht sich, nicht.

Lokales und Provinzielles.

Bosen, 29. Dezember.

— Der „Staats-Anz.“ bringt folgende Personalien aus unserer Provinz:

Der Geh. Justizrath und Kreisgerichtsdirektor Kleinow in Bosen ist zum Bankkommissar bei der in Bosen zu errichtenden Reichsbankhauptstelle, der künftl. Bankendant Brodowski zu Bosen zum ersten Vorstandsbeamten derselben Reichsbankhauptstelle, der Kreisrichter Blumner in Meßeritz zum Reichsanwalt bei dem Kreisgericht in Münsterberg und zugleich zum Notar im Departement des Appellat-Gerichts zu Breslau mit Anweisung seines Wohnsitzes in Münsterberg ernannt worden. Die Lehrerin an der Luiseanstalt zu Bosen A. Toparkus hat in der am 29. und 30. d. M. zu Berlin abgehaltenen Turnlehrerinnenprüfung das Zeugnis der Befähigung zur Ertheilung des Turnunterrichts an Mädchenschulen erlangt.

— **Lotterie.** Die Ziehung der 1. Klasse 153. Königl. preussischen Klassen-Lotterie wird am 5. Januar ihren Anfang nehmen.

H. Utz, 27. Dezember. [Wobltthätigkeit. Kath. Kirchen-vorstand. Lehrergehälter.] Der Gutsbesitzer Wandel zu Senditz hat zur Verteilung an hiesige Dörfer 8 Scheffel Roggen dem hiesigen Magistrat übergeben. — Der hiesige Kaufmann B., welcher vor Kurzem in Konkurs verfallen, ist nach dem Kreisgerichts-gutachten nach Größ abgeführt worden. Der nach dem Gesetze über die Verwaltung des Kirchen- und Pfarrvermögens hier schon seit Monaten gewählter Kirchenvorstand, als auch die Kirchengemeindevertretung ist noch immer nicht in ihre Funktionen eingetreten, woran dies liegt, ist unbekannt, es wäre aber dringend zu wünschen, daß dies so bald als möglich eintrete, damit endlich die alte Verwaltung aufhöre und an deren Stelle eine neue und geregelte trete. Mit Erhöhung der Gehälter der Lehrer an den hiesigen drei Konfessionschulen wird nun in Folge einer Verfügung der Regierung vorgegangen; die Verhandlungen mit den Schulgemeinden werden in Kurzem stattfinden und sind zu diesem Behufe bereits die Vorladungslisten erlassen.

g. Zutrofsch, 27. Dezember. [Ueberschmemmung. Waisen-anstalt. Volkszählungsergebnisse. Berichtigungen.] In Folge des Thau- und Regenwetters der letzten Tage ist unsere Dela so angeschwollen, daß die umliegenden Wiesen und Gärten vollständig unter Wasser gesetzt sind. — In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde aus jeder Konfession ein Waisenrath gewählt und fiel die Wahl auf die Herren Bürgermeister Bonold, Kaufmann Kehn und Dr. Theynski. — Auf Grund der letzten Volkszählung muß leider eine Verminderung der Einwohnerzahl konstatiert werden; denn während dieselbe bei der vorletzten Zählung 2019 betrug, ist dieselbe jetzt

auf 1970 herabgesunken. — Die Mittheilung in Nr. 895, betreffend Waldverkauf, ist insofern zu berichtigen, als nicht 200, sondern 100 Morgen verkauft worden sind.

Aus Roschmin geht uns eine Berichtigung zu, welche wir, weil sich der Einsender nicht genannt hat, nicht berücksichtigen würden, wenn die Angaben uns nicht aus guter Quelle geschöpft schienen. Wir überlassen es unserem Herrn Korrespondenten, seine Mittheilungen zu bestätigen und geben aus dem Schreiben Folgendes wieder: Die Seelenzahl unserer Stadt beträgt nach der letzten Zählung nicht 1782, sondern 3772. Die Mitglieder des ev. Frauenvereins zahlen monatliche Beiträge und sind nicht vornehmlich auf den Ertrag des Konzerts angewiesen, um Weihnachtsbescherungen zu veranstalten. — Was die Angabe betrifft, daß während der letzten 20 Jahre hier 13 Baumeister hantrott geworden sind, so ist dieser Angabe entgegengehalten, daß amtlich feststeht, daß seit 20 Jahren hier ein Bautechniker gestorben, einer vor Weiz erschossen wurde, einer nach Bosen verbannt, einer Gasthofbesitzer geworden und der erwähnte Zimmermeister D. durch seinen eigenen Hausbau in Schulden gerathen ist. Die Gläubiger haben nur 4000 Thlr. angemeldet, darunter sein eigener Schwager 1900 Thlr.

***△* Krotoschin, 27. Dezember.** [Lehrerkonferenz. — Lehrergehälter. Verbesserung.] Vergangenen Donnerstag fand unter dem Vorsitz des Kreis-Schulinspektors die 3. Bezirks-Lehrerkonferenz in der israelitischen Schule hieselbst statt. Die Probektion hielt der Lehrer Gebhardt mit den Kindern der II. Klasse über die Einführung der Dezimalbrüche, ab; Lehrer Beninski las ein Referat über das Thema: Wie ist der Geschichtsunterricht in einer mehrklassigen Volksschule zu behandeln, vor. — Große Freude verursachte die Mittheilung des Kreis-Schulinspektors, daß auch die Lehrer in der Stadt mit einer Gehaltszulage bedacht worden wären, die ihnen demnächst ausbezahlt werden würde.

Wronke, 27. Dez. [Straßenbeleuchtung. Schulwesen. Ressourcen-Ball.] Es gereicht dem hiesigen im Ganzen nicht über belegenen Orte vor besondern Priebe, daß außer den vor den Schanklokalen u. Gasthöfen befindlichen Laternen auf städtische Kosten noch neun Straßenlaternen an den dunkelsten Stellen der Stadt aufgestellt worden sind, und zu Fuß und Fuhrwerken der abendlichen Passanten ihr helles Licht ausströmen. — Die katholische Schulgemeinde hat Repräsentanten gewählt, welche in diesen Tagen über die Anstellung eines dritten Lehrers Beschlüsse von Gehalt, Wohnung und Lehrzimmer zu beraten sollen. In der evangelischen Schule unterrichten zwei Lehrer drei Klassen, und an der jüdischen Schule arbeitet gar nur ein Lehrer in Halbtag-Pausen wegen übergroßer Schülerzahl. Dabei gehen zwei Privatschulen simultanen Charakters, eine für Knaben und eine für Mädchen an dem Markte der öffentlichen Schulanstalten, insofern sie das Interesse der besser situierten Eltern von jenen ablenken. Ein buntes und leider sehr schattenreiches Bild! Am 30. d. soll Seitens des Magistrats mit den evangelischen und jüdischen Familienvätern über die bewußte Aufhebung der Gehälter ihrer Lehrer bis zu 800 Mark verhandelt werden. Es bleibt ornamend zu wünschen, daß die besser Denkenden und Einsichtsvollen beider Seits bei dieser Gelegenheit Zeugnis von einem Verstande für pädagogische Fragen ablegen und nicht überwollenden Schreien, wie häufig, das Feld überlassen. Sämtliche drei Lehrer (zwei evangelischen, einer jüdischen) sind als solche unter dem Minimallohn von 800 Mark befoldet. Es ist sehr bedauerlich, daß nach den Intentionen der hohen Schulbehörden den Lehrern, welche zugleich ein Kirchenamt bekleiden, die Einkünfte desselben fast bis zur Hälfte als Lehrergehalt angerechnet werden sollen. Zunächst werden die davon Betroffenen zum Nachtheile ihrer Amtsfreudigkeit im Lehrergehalt, ferner wird ihnen ein Einkommen nochmals angerechnet, für welches sie besonders im Kirchendienste schon haben arbeiten müssen, und endlich werden sie denjenigen Lehrern wesentlich nach, welche kein Kirchenamt bekleiden, oder welchen ein solches, wie in größeren Städten üblich, ohne alle Rücksicht auf ihre Lehrerbefolgung übertragen worden ist. Möchten die evangelischen Familienvätern hiesiger Stadt am 30. d. auch für die Befestigung dieses Uebelstandes ihr Wort einlegen! Der gestrige Ressourcenball war ungleich zahlreicher besucht, als der vorige und ist also der Wunsch Ihres Korrespondenten (Nr. 877 hies. Zeitung) doch in Erfüllung gegangen. Die Gesellschaft erstreckte sich durch Tanz und Unterhaltung bis 3 Uhr Morgens.

k. Schneidemühl, 28. Dezember. [Fahnenweihe. Weihnachts-Gratifikationen.] Der hiesigen Schützengilde ist wie bereits früher gemeldet, aus Anlaß des 100jährigen Jahrestages von unterm Könige eine Fahne zugesagt worden. Diese Fahne ist Anfangs voriger Woche hier eingetroffen und gestern eingeweiht worden. Die Feier begann früh 6 Uhr durch Reveille. Um halb 9 Uhr versammelten sich die Schützengilde und der Kriegerverein im Arndtschen Lokale und um 9½ Uhr fand unter Vorantritt einer Kapelle der Aufmarsch vor dem Rathhause statt. Der Vorstand der Schützengilde begab sich aufs Rathhaus und holte die Fahne heraus, begleitet von einer Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten, während die Schützen das Gewehr präsentirten. Bürgermeister Schreiber übergab durch eine Ansprache die Fahne der Schützengilde und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, in welches alle Versammelten begeistert einstimmten. Hierauf erfolgte der Abmarsch nach dem Schützenhause. Vor dem Landwehrschutze wurde Halt gemacht und hier hielt der Bezirkskommandeur Major von Böttcher gleichfalls eine Ansprache, die mit einem Hoch auf den Kaiser schloß. Im Schützenhause fand zu Ehren des Tages ein Prämienschießen statt. Den Schluß bildete ein Tanzkränzchen im Arndtschen Saale. — Unsere Stadtverordneten haben in diesem Jahre den städtischen Beamten namhafte Weihnachts-Gratifikationen bewilligt. Es erhielten der Bürgermeister 500 Mark, der Oberförster 450 Mark, der Stadtförster 180 Mark, der Kammerer 150 Mark, der Dirigent der höh. Töchterschule 300 Mark und der erste Lehrer dieser Anstalt 150 M.

Zur Lage der katholischen Vikare.

(Aus der Provinz eingesandt.)

Die Welt wird alt und wird wieder jung, Doch der Mensch hofft ewig auf Besserung.

Nach § 3 des Altkatholikengesetzes bleibt ein Pffindenhaber, auch wenn er sich der altkatholischen Gemeinschaft anschließt, im Besitze und Genuß seiner Pfünde. Mit Recht darf man hier die Frage aufwerfen: wie steht es denn nun eigentlich mit den vor den Magistrate angestellten Vikaren? Sollen sie die Altkatholie weiter spielen oder in des Dichters Weise mitentimmen und auf Verbesserung ihrer Lage hoffen?

Wahrscheinlich wird ihnen Beides gestattet, damit aber wenig geholfen sein. Die Frage, welche Stellung die bewußten Vikare den neu erlassenen Staatsgesetzen gegenüber eingenommen haben, dürfte hier wohl nicht in Betracht kommen, da bisher meistens nur den geistlichen Vikaren und eigentlichen Pfarrern Gelegenheit geboten wurde, ihren Patriotismus zu bekunden. Uebrigens bleibt es sich auch gleich, ob der Vikar die Staatsgesetze anerkennt oder nicht, da er in beiden Fällen sein Gehalt vom Pfarrer weiter bezieht. Anders würde sich aber die Sache gestalten, wenn sich plötzlich der eine oder andere Vikar öffentlich für altkatholisch erklärte. In diesem Falle würde ihm der Pfarrer wohlweislich die Auszahlung des Gehalts verweigern und als triftigen Grund anführen, daß er nur einen römisch-kathol. Schiffsen gebrauchen könne. Eine Berufung auf das Gesetz wäre hier nicht möglich, da kein Paragraph existirt, welcher einem Vikar in solchem Falle das bisherige Einkommen sichert. In die altkathol. Seelsorge will er vielleicht vor der Hand nicht eintreten, da er in eine ferne Pfarre berufen werden könnte und so seine Heimat, seine Eltern u. s. w. verlassen, die ihm lieb und theuer sind, verlassen müßte. Er möchte vielleicht in seiner Heimat jehutliche Grundstücke besteuern und altkatholische und echt christliche Ideen unter seinem Biele verbreiten. Angenommen aber auch, ein gut römisch-kathol. Vikar müßte eine Verbesserung seiner Lage; an wen soll er sich da wenden? Wenn er auch die Kirchengesetze öffentlich oder wenigstens im

Polen, am	27. Decbr. 1875	12 Uhr Mittags	2,00	Peter.
"	"	28. " " " "	2,24	"

